

Resolution Berliner Arbeitstagung

Kritische Soziale Arbeit 2011



Im Feld der Sozialen Arbeit sind aktuell problematische Veränderungen und Entwicklungen, wie Deprofessionalisierung, Entsolidarisierung, ein neosoziales Menschenbild, sowie eine zunehmende Vermarktlichung, festzustellen. Um sich diesen Zumutungen entgegenzustellen, trafen sich 150 SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen aus ganz Deutschland am 17. +18. Juni 2011 in Berlin zu einer Tagung unter dem Motto „aufstehen-widersprechen-einmischen“. In 8 Workshops und einem Forum-Theater-Workshop wurde an Bestandsaufnahmen, Analysen und an Strategien gearbeitet, wie es gelingen kann, diese Entwicklungen zu stoppen und andere Wege zu nehmen.

Die TagungsteilnehmerInnen schätzen die aktuelle Lage wie folgt ein:

Soziale Arbeit, als gesellschaftliche Instanz, ist der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Die gegenwärtige neoliberale Finanz- und Sozialpolitik bedeutet eine drastische Verknappung der Ressource Soziale Arbeit für die Gesellschaft. Das damit einhergehende neosoziale Menschenbild, das auch unsere Profession mehr und mehr prägt, unterwandert die Umsetzung einer nachhaltigen und qualitativen Sozialen Arbeit. Die Krise der Sozialen Arbeit spiegelt die Krise unserer Gesellschaft wider. Die Konditionierung der Sozialen Arbeit variiert bundesweit. In den neuen Bundesländern haben sich die Probleme besonders zugespitzt, die Tendenzen und die sie verursachenden Faktoren sind jedoch überall zu beobachten.

Soziale Arbeit und vor allem die ihr anvertrauten Menschen, stehen gesellschaftlich unter massiven Belastungen und Druck. Im Kampf um die Verteilung öffentlicher Mittel, Forderungen nach einer evidenzbasierten Sozialen Arbeit, einer gesellschaftlichen Rückkehr zu autoritären Strukturen und dem zunehmenden Wegfall öffentlich verfügbarer und

gestaltbarer Räume, zeigen sich die Auswirkungen der zurückliegenden zwanzig Jahre neoliberaler Politik in Deutschland und des globalisierten Wirtschaftsliberalismus.

Gesellschaftlich ausgegrenzte und marginalisierte Gruppen stehen dabei einem „aktivierenden Sozialstaat“ gegenüber, der die vermeintliche „Soziale Hängematte“ demontiert. Soziale Arbeit wird nun als „Auswuchs eines unbezahlbaren Sozialstaates alter Prägung“ verstanden, dem mittels Begriffen wie: „Neue Steuerung“, „Dienstleistungsorientierung“, „Qualitätsmanagement“ und Forderungen nach „erhöhter Effizienz“ gewissermaßen „Beine gemacht werden müsse“. Hier trifft der Druck auf die Betroffenen (z.B. MigrantInnen, Kinder, Jugendliche und Familien, Armutserfahrene, Schulverweigernde, Menschen mit psychischen Problemen, Arbeitslose, Drogenkonsumenten, Straffällige, Unangepasste...) auf eine höchst verunsicherte Soziale Arbeit, die sich teilweise nicht mehr in der Lage sieht, unvoreingenommen, spontan, AdressatInnen bezogen und flexibel Unterstützungsangebote gemeinsam mit den KlientInnen zu entwickeln.

Immer höhere Anforderungen werden der Sozialen Arbeit abverlangt: Unsicherheiten in der Förderung, massive Einsparquoten, Stellenabbau, ausufernde Dokumentations- und Abrechnungsprozesse, Einwerben von Drittmitteln und Spenden u.v.m.

Unsere Bestandsaufnahme und Analyse, Erkenntnisse und Ideen, aber auch unser Zorn bekräftigen den Entschluss **aufzustehen, zu widersprechen und uns einzumischen**. Wir sehen diese Berliner Arbeitstagung und die vorliegende Resolution als **unseren** Beitrag, ergänzend zu anderen erarbeiteten Positionierungen von kritischen Gruppen und Organisationen. Gemeinsam wollen wir uns den neoliberalen Zumutungen, denen unsere Profession und unsere Klientel ausgesetzt sind, entgegenstellen. Das neoliberal motivierte Verunmöglichen sozialer Teilhabe und Gerechtigkeit werden wir weder akzeptieren noch tatenlos zuschauen.

Appell an die KollegInnen der Sozialen Arbeit:

- Fordert Respekt und Anerkennung für eure Arbeit! Wirkt der Entwertung der Sozialen Arbeit entgegen!
- Vertretet selbstbewusst, dass die angemessene fachliche Begleitung und Unterstützung eurer Klientel nicht allein dem beruflichen Ethos, sondern ebenso geltendem Recht verpflichtet ist (z. B. Grundgesetz, UN Kinder- und Menschenrechtskonvention, KJHG/SGB VIII).

- Diskutiert und veröffentlicht problematische Entwicklungen eurer Arbeit!
- Benennt Ursachen und Hintergründe, stellt euch gegen Forderungen und Oktroyierung von ökonomischen Effizienzkriterien und absurden Sparbestrebungen!
- Informiert Politik und Öffentlichkeit über gegenwärtige Entwicklungen in unserer Gesellschaft, mischt euch offensiv in die politische Auseinandersetzung ein!
- Tut euch zusammen, vernetzt und organisiert euch: zu eurem Schutz und zum wirksamen Agieren!
- Engagiert, organisiert und vernetzt euch in Projekten und Bündnissen für eine kritische Soziale Arbeit!

Kritische Organisationen und Arbeitskreise, Gewerkschaften und Berufsverbände der Sozialen Arbeit fordern wir auf:

Findet euch endlich zusammen! Findet den gemeinsamen Nenner eurer berufs- und sozialpolitischen Zielsetzungen! Verbündet Euch zu einem Netzwerk von kritischer, fachlich-autonomer und für unsere Klientel parteilicher Sozialer Arbeit!

Gleichzeitig appellieren wir an alle potenziellen BündnispartnerInnen:

- Wir fordern **die kritischen Kräfte in unserer Gesellschaft**, kritische Medien, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen dringend auf, unseren Widerstand gegen die neoliberale Vereinnahmung der Sozialen Arbeit zu unterstützen und die Soziale Arbeit als Bündnispartnerin im Kampf um soziale Gerechtigkeit ernst zu nehmen und an zu erkennen .
- Wir fordern die **Träger der Sozialen Arbeit** auf, sich ihrer ethischen und gesellschaftlichen Funktion als fachliche und sozialpolitische Interessenvertretung zu besinnen und sich gegen eine Verwandlung in Unternehmen und Marktsubjekte auszusprechen und sich gemeinsam und solidarisch mit ihrer Klientel und ihren MitarbeiterInnen dieser Entwicklung im Sozialbereich zu widersetzen.
- Wir fordern die **Sozialarbeitswissenschaft** auf, kritische, theoretische Analysen bereitzustellen, die Hintergründe neoliberaler Konzepte in Praxis und Sozialwissenschaft zu hinterfragen, sowie sich mit den Sozialarbeitenden zu solidarisieren.
- Wir fordern die **Hochschulen und Bildungsstätten** auf, ihre ethische, fachliche und politische Verantwortung bei der Aus- und Weiterbildung von

SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen wahrzunehmen und neben Fachwissen, auch die gegenwärtige Entwicklung und Vereinnahmung der Profession zu thematisieren. Das professionelle Selbstbewusstsein der zukünftigen Sozialarbeitenden gilt es zu stärken und sie für die berufs- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen im künftigen Arbeitsfeld kompetent zu unterstützen. Die Vermittlung der Erfahrungen von Solidarität und von Selbstwirksamkeit -als politisch agierende Kräfte- gehören zu den Aufgaben und Lehrinhalten der Hochschule. Wir erwarten von den Hochschulen eine Ausbildungskonzeption, die zu einer Identität als SozialarbeiterIn und SozialpädagogIn führt.

Wir fordern die öffentlichen Medien auf, sich **nicht weiter** an der diskriminierenden „Unterschichtenschelte“ zu beteiligen, sich der medialen Vermarktung und Skandalisierung von menschlichen Tragödien im sozialen Bereich zu verweigern und die Soziale Arbeit, ihre Klientel und ihre Aufgaben künftig respektvoll zu behandeln.

Eine sachliche Berichterstattung über die Anliegen und die Kritik der Sozialen Arbeit an der gegenwärtigen Entwicklung und an den skandalösen Zumutungen der neoliberalen und neokonservativen Sozialpolitik halten wir – im Sinne der Informationspflicht für dringend angebracht und erforderlich.

An die **politischen Instanzen:**

- Nehmen Sie den gesellschaftlichen Wert professioneller Sozialer Arbeit und 1,6 Millionen Beschäftigte in diesem Bereich endlich zur Kenntnis!
- Stoppen Sie den fortschreitenden Einsatz unausgebildeten, fachfremden sowie angelernten Personals in den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit. Sie entwerten und deprofessionalisieren hierdurch den Arbeitsbereich einer akademisch ausgebildeten Profession.
- Wir fordern, dass die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention sowie der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel der Umsetzung einer gesellschaftlichen Inklusion, mit Nachdruck sachgerecht umgesetzt werden. Ebenso fordern wir ein klares politisches Bekenntnis hinsichtlich der Einhaltung fachlicher Kriterien durch geltendes nationales Recht.
- Wir fordern die Akzeptanz der fachlichen Autonomie der Sozialen Arbeit als einer wissenschaftlich geleiteten Profession. Eine permanente Infragestellung von fachfremder Seite destabilisiert die fachlichen und ethischen Kernelemente.

- Wir fordern, die Vermarktlichung des Sozialen und der Sozialen Arbeit als folgenreichen und teuren Irrtum zu korrigieren. Wir fordern die Rücknahme einer Finanzierungspraxis, die die Träger dazu zwingt, sich als Unternehmer mit Dumpingangeboten und Mogelpackungen am Markt zu halten.
- Wir fordern Tariftreue und tarifliche Bezahlung bei öffentlichen und freien Trägern.
Zudem fordern wir Arbeitsbedingungen, die angemessene Zeitkontingente sicherstellen und die Kontinuität der Arbeit gewährleisten.
- Soziale Arbeit muss hinreichend - aus Steuermitteln - finanziert werden. Dies sollte angesichts der wachsenden Problemlagen vieler Menschen, die im Wesentlichen von der neoliberalen Sozial- und Wirtschaftspolitik des „entfesselten“ Kapitalismus in unserer Gesellschaft selber verursacht wurden, selbstverständlich sein.

www.einmischen.com

Berlin, Juli 2011